

Aide-Mémoire des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (November 1991)

Legende: Im November 1991 richtet der österreichische Außenminister ein Aide-mémoire an die Außenministerien der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in dem er die positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Beitrittsantrag Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften begrüßt.

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Texte und Dokumente N°12, Dezember 1991. Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, [s.d.]. 62 S.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aide_memoire_des_bundesministerium_fur_auswärtige_angelegenheiten_november_1991-de-d2e6d320-ca7b-4d4e-a1d6-3c24155681aa.html

Publication date: 23/10/2012

Aide-mémoire des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten an die Außenministerien der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, Wien (November 1991)

"Mit der Übermittlung der Stellungnahme der EG-Kommission an den Rat sind die österreichischen Bemühungen um den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft in ein neues Stadium getreten. Gleichzeitig befinden sich die Regierungskonferenzen über die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union in ihrer entscheidenden Phase. Österreich erachtet daher den Zeitpunkt für geeignet, einige Überlegungen in diesem Zusammenhang darzulegen.

Inhalt und Schlußfolgerungen der Stellungnahme der Kommission bestätigen die besondere Qualifikation Österreichs, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Die Kommission betont den hohen Grad der schon heute bestehenden wirtschaftlichen Integration Österreichs in die Gemeinschaft. Sie unterstreicht, daß der Beitritt Österreichs im Lichte seiner wirtschaftlichen Leistungskraft einen Gewinn für die Gemeinschaft darstellen wird, erkennt jedoch ebenfalls an, daß der Nutzen, der daraus erwachsen würde, über die wirtschaftliche Dimension hinausgeht. Dort wo die Kommission auf Probleme hinweist, zeigt sie sich gleichzeitig zuversichtlich, daß diese im Zuge der Beitrittsverhandlungen gelöst werden können. Österreich fühlt sich durch die Stellungnahme der Kommission in der Überzeugung bestätigt, daß seine Aufnahme in den Kreis der EG-Mitgliedstaaten der Logik der europäischen Entwicklung entspricht.

Durch die tiefgreifenden Veränderungen der politischen Landschaft auf unserem Kontinent ist die Europäische Gemeinschaft zum Gravitationszentrum europäischer Politik und zum Bezugspunkt für alle europäischen Staaten geworden. Die Gemeinschaft steht heute vor der großen Herausforderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierung der neuen Demokratien Zentral- und Osteuropas. Österreich kann hierzu wirtschaftlich aber auch aufgrund seiner historisch gewachsenen Beziehungen zu diesem Raum einen wertvollen Beitrag leisten.

Durch die Entwicklungen der letzten Jahre sind wohl frühere Bedrohungen weggefallen, gleichzeitig jedoch auch neue Risiken entstanden. Zwischen dem fundamentalen Interesse Österreichs an Stabilität und Sicherheit in Europa und dem Streben der Gemeinschaft, die europäische Einigung voranzutreiben und sich geeignete Strukturen und Instrumente für die Erfüllung ihrer sicherheits- und friedenspolitischen Aufgaben in Europa zu schaffen, besteht Übereinstimmung. Österreich ist sich bewußt, daß die Sicherheit Europas auch die seine ist. Es sieht daher insbesondere in den Bemühungen um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der politischen Union einen essentiellen Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

Die objektiven Verflechtungen, die unsere Zeit prägen, erlauben kein Abseitsstehen. Sicherheit kann daher heute nur durch Solidarität und gemeinsame Anstrengungen gewährleistet werden. Nicht nur wirtschaftlicher Fortschritt und der Schutz der Umwelt, sondern auch die Sicherheit müssen heute im Verbund mit anderen gesucht werden. Diese Überlegungen waren schon bisher Leitlinien für die österreichische Haltung in den verschiedenen europäischen Foren. Österreich ist bereit, seine Sicherheitspolitik in einem europäischen Rahmen zu führen und daher an der Schaffung und dem Funktionieren eines zukünftigen europäischen Sicherheitssystems innerhalb der Gemeinschaft und über diese hinaus mitzuarbeiten. Österreich ist sich bewußt, daß sich daraus Verpflichtungen ergeben werden und ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Seine Mitarbeit wird von den Grundsätzen der Solidarität und der Lastenteilung geleitet sein.

Die Gemeinschaft ist konzeptiv auf ihre Fortentwicklung angelegt; die europäische Integration stellt einen in die Zukunft gerichteten, dynamischen Prozeß dar. Das solidarische Mitwirken am Prozeß der europäischen Einigung liegt sowohl in der europäischen Berufung Österreichs als auch in seinem konkreten politischen Interesse begründet. Österreich wird daher als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft die Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer Strukturen keinesfalls behindern, sondern nach Kräften fördern.

Österreich, welches bereits vor mehr als zwei Jahren, am 17. Juli 1989, seinen Beitrittsantrag gestellt hat, strebt die frühestmögliche Verwirklichung seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft an.

Daraus ergibt sich ein dringendes Interesse an einer raschen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen. Österreich bringt daher die Hoffnung zum Ausdruck, daß nach Vorliegen der Ergebnisse der Regierungskonferenzen der Rat der Europäischen Gemeinschaft raschest möglich die erforderlichen Beschlüsse faßt, um den Prozeß der Beitrittsverhandlungen noch im Laufe des kommenden Jahres einleiten zu können. Österreich wäre der . . . Regierung verbunden, wenn sie es in diesem Anliegen unterstützen würde."